



## Vennbrand macht Investitionsmangel sichtbar

Seite 8

# Inhalt

## Seite 3

Renten: Anrechnung von  
Inaktivitätszeiten werden begrenzt

## Seite 4

Rentenreform führt zu Verarmung

## Seiten 5-6

Meldungen

## Seite 7

Mieten verschlingen häufig  
Mobilitätsbudget

## Seiten 8-11

Krise im Hohen Venn:  
Investitionsmangel bei den öffent-  
lichen Diensten

## Seiten 12-15

Dossier: Amazon - Lieferung unter  
Druck

## Seite 16

Meldungen

# Impressum

### Anschrift der Redaktion:

CSC Info  
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers  
087/85 99 59  
pressedienst@acv-csc.be

### Redaktion:

|                 |                  |
|-----------------|------------------|
| Claudine Legros | Liliane Louges   |
| Angela Mertes   | Jochen Mettlen   |
| Mike Mettlen    | Maryline Weynand |

Layout: Jessica Halmes

### Druck:

Snel Grafics, Vottem

### Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

### Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

### Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

# Öffnungszeiten & Kontakt

## ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

### CSC Eupen

**Sprechstunden:** dienstags und donnerstags 8.30 - 11.45 Uhr  
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

### CSC St.Vith

**Sprechstunden:** montags 8.30 - 11.45 Uhr  
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

## JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...)  
kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags 8.30 - 12.30 Uhr und 13.30 - 16 Uhr  
Freitags 8.30 - 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

## JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte  
kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

### CSC Eupen

**Sprechstunden:** donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr  
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

### CSC St. Vith

**Sprechstunden:** dienstags auf Termin  
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

## OFFENE SPRECHSTUNDE

**CSC Eupen** Montags 8.30 - 11.45 Uhr

## GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

### CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

## GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

### CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

# Renten: Anrechnung von Inaktivitätszeiten werden begrenzt

Am 17. Juli hat die Regierung die Maßnahme zur Begrenzung der Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit, des Systems der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag (SAB) sowie von Zeitkrediten am Laufbahnende für die Berechnung der Renten verabschiedet. Damit benachteiligt die Regierung erneut die Rentner und missachtet den Sozialdialog.

**K**onkret dürfen ab Juli 2027 für Menschen, die zwischen 1961 und 1964 geboren wurden, höchstens 40 % des Rentenbetrags aus sogenannten gleichgestellten Zeiten (angerechneten Inaktivitätszeiten) bestehen. Diese Obergrenze wird anschließend bis 2031 jedes Jahr um 5 % gesenkt. Ab dann dürfen nur noch 20 % des Rentenbetrags aus solchen gleichgestellten Zeiten bestehen.

## Missachtung des Sozialabkommens

Diese Maßnahme betrifft vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit längeren Arbeitslosigkeitszeiten und stellt die Ansprüche vieler Beschäftigter mit prekären und/oder unterbrochenen Erwerbsbiografien infrage: Kunstschaffende, Interimarbeiter, Saisonarbeiter usw. „Die Begrenzungsmaßnah-

*me verringert die Renten von Menschen, die sich häufig nicht freiwillig in diesen Situationen befanden. Wieder einmal werden vor allem Frauen betroffen sein“,* erklärt CSC-Präsidentin Ann Vermorgen. „*Indem die Regierung auch die Zeitkredite am Laufbahnende in diese Begrenzung einbezieht, zeigt sie zudem, dass sie den Sozialdialog nicht im Geringsten respektiert.*“

Tatsächlich trafen die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen im Juli 2025 eine Vereinbarung, die im Rahmen der angekündigten Rentenmaßnahmen eine Ausnahme für die Zeitkredite am Laufbahnende vorsah. Obwohl Minister Jan Jambon erklärt hatte, diese Sozialvereinbarung zu respektieren, streicht die Regierung De Wever wesentliche Bestandteile daraus und setzt ihre eigene politische Agenda durch. Sie handelt damit ähnlich wie bei der

Zurückweisung des Vorschlags der Sozialpartner, eine Alternative zum Indexdeckel vorzusehen.

Die Analyse des Staatsrates zeigte bereits, dass die Rentenreform der Regierung zu einem geringeren Schutz, mehr Ungleichheiten und größerer Unsicherheit für Hunderttausende von Arbeitnehmern führen würde. Auch der Studienausschuss für Vergreisung hatte davor gewarnt, dass diese Reform das Risiko sinkender Renteneinkommen erhöht (siehe Artikel Seite 4). „*Die Zeitkredite am Laufbahnende sind ein wesentliches Instrument, damit Beschäftigte ihre Karriere unter machbaren Bedingungen verlängern können. Wer davon Gebrauch macht, sollte bei der Rentenberechnung nicht benachteiligt werden*“, fügt Ann Vermorgen hinzu.

## Diskriminierende Ausnahmen

Wichtig zu betonen ist jedoch, dass Personen mit Anspruch auf die Mindestrente von dieser Maßnahme nicht betroffen sind. Ebenso unterliegen Krankheitszeiten und Pflegezeiten (Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub, Elternurlaub sowie Pflege- bzw. Palliativurlaub) nicht den neu eingeführten Begrenzungen. Ausnahmen sind auch für Hafenarbeiter und Fischer vorgesehen, jedoch nicht für Kunstschaffende für die Zeiträume vor 2014. Dies führte zu heftigen Protesten der Betroffenen, die darin eine Form der Diskriminierung sehen.



# Planbüro bestätigt: die Rentenreform führt zu einer Verarmung der Rentner

Der neue Jahresbericht des „Studienausschusses für Vergreisung“ bestätigt, dass Rentner gegenüber Erwerbstätigen zunehmend an Boden verlieren. Für die CSC verfolgt die Regierung keine Politik, die die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung abfedert oder die wirtschaftlichen Perspektiven verbessert. Stattdessen beschränkt sie sich darauf, das Rentensystem auszuhöhlen.

Laut Studienausschuss werden die durchschnittlichen Renten in den kommenden Jahrzehnten deutlich langsamer steigen als die Löhne. Bis 2070 wird die durchschnittliche Rente im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitseinkommen rund 13 % an Wert eingebüßt haben. Der Ausschuss weist zudem ausdrücklich darauf hin, dass die jüngste Rentenreform zu dieser Entwicklung beiträgt. Zwar wird das Ausgabenwachstum gebremst, doch den Preis dafür zahlen die Rentner: Ihr Lebensstandard sinkt.

Für die CSC ist diese Entwicklung zu tiefst ungerecht. Ein Rentensystem kann nicht allein nach seiner finanziellen Tragfähigkeit beurteilt werden. Wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss darauf vertrauen können, dass die Rente ein würdiges Leben im Ruhestand ermöglicht. Die Regierung verweist auf die erzielten Einsparungen, doch die eigentliche Rechnung kommt später - in Form einer schleichenden Verarmung vieler Haushalte.

Auffällig ist außerdem, dass die wirtschaftlichen Erwartungen, auf denen die neuen Projektionen beruhen, weniger günstig ausfallen als jene des Vorjahres. Der „Studienausschuss für Vergreisung“ geht von einer sinkenden Erwerbsquote, schwächeren Beschäftigungsperspektiven und einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt bis 2070 aus. Trotz dieser ungünstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben die Prognosen für die Rentenausgaben unter Kontrolle. Das zeigt, dass die Verbesserung der Haushaltslage zu einem erheblichen Teil auf die Rentenreform zurückzuführen ist. Anders ausgedrückt: Die Ausgaben bleiben beherrschbar, weil die ausgezahlten Renten deutlich niedriger ausfallen werden.

„Dieser Bericht zeigt, dass die Rentenreform auf Kosten der normalen Bürgerinnen und Bürger geht“, erklärt CSC-Präsidentin Ann Vermorgen. „Die Regierung hat versprochen, Arbeit stärker zu belohnen. Tatsächlich demontiert sie jedoch

*vor allem das Rentensystem. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, müssen sich darauf verlassen können, dass die Renten ihnen einen angemessenen Lebensstandard sichern.“*

Ein großer Teil der Einsparungen ergibt sich daraus, dass die Renten gegenüber den Löhnen immer weiter zurückfallen. „Eine würdige Rente darf nicht auf eine reine Haushaltsrechnung reduziert werden - hinter diesen Zahlen stehen Menschen. Besonders Frauen werden die Folgen zu spüren bekommen, weil sie häufiger in Teilzeit arbeiten und ihre Berufslaufbahn für Pflege- und Betreuungsaufgaben unterbrechen. Diese Reform wird dazu führen, dass immer mehr Menschen Probleme haben werden, über die Runden zu kommen, oder nicht mehr von ihrer Rente leben können. Dabei gäbe es genügend Alternativen, um die öffentlichen Finanzen zu sanieren“, sagt Ann Vermorgen.



© Shutterstock

# Haushalt endlich in Ordnung bringen

Der Anfang Juli veröffentlichte Bericht des Monitoring-Ausschusses zeigt erneut schwarz auf weiß: Wenn die Regierung nichts an der aktuellen Politik ändert, steuert unser Land auf ein noch tieferes Haushaltsloch zu als zu Beginn der Regierungszeit erwartet.

*„Es ist offensichtlich, dass die Regierung De Wever die öffentlichen Finanzen trotz großer Ankündigungen und einer Reihe unsozialer Maßnahmen noch immer nicht im Griff hat. Wenn ihr Ziel tatsächlich darin besteht, den Haushalt zu sanieren, muss die*

*Regierung ihren Kurs grundlegend überdenken. Es wird Zeit, dass sie die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung bringt“,* erklärt CSC-Präsidentin Ann Vermorgen. *„Anstatt die Probleme weiter eskalieren zu lassen, muss die Regierung endlich Maßnahmen ergreifen, die für gerechtere Einnahmen sorgen.“*

Die CSC fordert De Wever auf, der Aushöhlung der öffentlichen Einnahmen ein Ende zu setzen. Die reduzierten Sozialversicherungsbeiträge für Flexi- und Studentenjobs sind ein vergiftetes Geschenk. Die Anwendung normaler Sozialbeiträge würde bereits mehr als eine Milliarde Euro einbringen. Auch Selbstständige leisten geringere Beiträge als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, obwohl ihre Mindestrente mittlerweile gleich hoch ist. Eine Anpassung ihrer Beiträge würde zusätzliche Einnahmen von rund 700 Millionen Euro ermöglichen. Darüber hinaus muss das System der Managementgesellschaften angegangen werden, dessen einziger Zweck darin besteht, die steuerlichen Abgaben zu verringern.

Derzeit werden Arbeitseinkommen im Vergleich zu Kapitaleinkünften unverhältnismäßig stark besteuert. Würden große Vermögen durch eine Vermögenssteuer stärker herangezogen - eine Maßnahme, die 5 Milliarden Euro einbringen würde und für 70 % der Flamen oberste Priorität hat -, könnten die Steuern auf

Arbeitseinkommen für alle Beschäftigten gesenkt werden.

## Unnötige Fördergelder abschaffen

Für die CSC sind Einsparungen kein Tabu. Allerdings sollte man zunächst bei den Ausgaben ansetzen, bei denen Belgien eindeutig mehr ausgibt als die Nachbarländer. Gemeint ist nicht der Sozialschutz, sondern die Wirtschaftshilfen und Unternehmenssubventionen.

Unnötige Fördergelder wie die Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge für die erste Einstellung müssen abgeschafft werden. Diese Maßnahme schafft kaum zusätzliche Arbeitsplätze. Ihre Abschaffung würde 620 Millionen Euro freisetzen. Ein weiteres Beispiel ist die steuerliche Begünstigung von Innovationserträgen. Diese kostspielige Maßnahme motiviert Unternehmen nicht dazu, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Vielmehr gewährt sie ihnen einen Steuervorteil für bereits realisierte Innovationen. Eine Begrenzung dieser Regelung würde Einsparungen von 1 Milliarde Euro ermöglichen.

*„All diese Maßnahmen wurden sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene berechnet und bestätigt“,* erklärt Ann Vermorgen. *„Die eigentliche Frage ist nun, ob die Regierung endlich bereit ist, dieser tiefgreifenden Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen.“*



© Shutterstock

## Rassismus trifft Arbeitswelt weiterhin hart

Im Jahr 2025 erhielt Unia (Zentrum für Chancengleichheit und Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung) 2.502 Berichte über Rassismus. Zahlen, die seit 2022 stetig steigen. 757 Dossiers wurden eröffnet, davon bezogen sich 31 % der Fälle hauptsächlich auf folgende Formen von Rassismus: gegen Schwarze (131 Fälle), gegen Muslime (104), gegen Menschen maghrebinischer oder

arabischer Herkunft (101) und gegen Menschen jüdischen Glaubens (70).

Die unabhängige öffentliche Einrichtung weist darauf hin, dass sich dies zwar auch in öffentlichen Räumen und im Internet äußert, die Menschen aber besonders am Arbeitsplatz mit Rassismus konfrontiert werden.

Infos+: [www.unia.be/de](http://www.unia.be/de)





## Bois du Cazier

Vor 70 Jahren, am 8. August 1956, kamen 262 Minenarbeiter bei der größten Bergwerkskatastrophe in der Geschichte Belgiens ums Leben. Die Erinnerung an sie wachzuhalten, ist nach wie vor wichtiger denn je, betonen die Angehörigen der Opfer einstimmig. „Wir sehen noch heute die Folgen der Fehler, die damals in Marcinelle begangen wurden.“ In einer der nächsten Ausgaben werden wir auf die Katastrophe im „Bois du Cazier“ zurückblicken.

## Indexierte Löhne

In den Sektoren Angestellte der Metallverarbeitung (PK 209), Monteure (PK 111.03) und Metallverarbeitung (PK 111.0102) sind die Löhne aufgrund einer Indexanpassung am 1. Juli 2026 um 2,81 % gestiegen.

## 11/10: Klimamarsch

Save the date: 11 Oktober, Klimamarsch in Brüssel. Tragen Sie noch heute das Datum in Ihren Kalender ein, denn der Kampf für das Klima ist auch ein Kampf um Arbeitsplätze, Gesundheit und Gerechtigkeit. Die Brandkatastrophe im Hohen Venn hat uns nochmals vor Augen geführt, wie wichtig der Klimaschutz für uns alle ist. [www.klimaatcoalitie-coalitionclimat.be](http://www.klimaatcoalitie-coalitionclimat.be)

# Themenabend zur Sozialreform

Die Sozialreform bringt weitreichende Veränderungen mit sich. Doch was bedeuten die neuen Regelungen konkret für Beschäftigte und insbesondere für Frauen?

Die CSC und die Frauenliga laden am 8. September um 17.30 Uhr zu dem Themenabend ein, der die wichtigsten Änderungen verständlich und praxisnah beleuchtet. Themen: neue Regelungen bei Beschäftigung und Renten, der Wegfall bestimmter Bestimmungen bei unfreiwilliger Teilzeit, die Auswirkungen auf die Witwenrente und weshalb Frauen von den Reformen besonders betroffen sind.

Die Referentinnen Susanne Niessen (Gemeinschaftssekretärin der CSC) und Linda Zwartbol (Präsidentin der SP Ostbelgien) ordnen die wichtigsten Neuerungen ein, zeigen mögliche Auswirkungen auf und beantworten die Fragen der Teilnehmenden.

**8. September | 17.30 Uhr**

**CSC Eupen, Aachener Straße 89**

# Oxy-Tragödie: Arbeit darf nicht das Leben kosten

Am 17. Juli fand vor Baustelle des Oxy-Gebäudes in Brüssel eine Gedenkfeier (Foto) der Gewerkschaften statt. Anlass war der tragische Brand, der drei Tage zuvor sechs Arbeitern das Leben gekostet hatte. Rund hundert Personen nahmen an der Gedenkveranstaltung teil. CSC-Generalsekretärin Marie-Hélène Ska bekundete dabei ihre Solidarität mit den Familien der Opfer und allen Beschäftigten der Baustelle. „Jedes Mal, wenn ein Arbeitnehmer sein Leben verliert, ist das für uns alle ein traumatisches Ereignis. Diese Tragödie erinnert daran, wie wichtig es ist, dass Sicherheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz für alle Beteiligten weiterhin höchste Priorität haben müssen.“





# Mieten und Hypothekendarlehen verschlingen häufig Mobilitätsbudget

Rund 45 Prozent der Nutzer des Mobilitätsbudgets verwenden den gesamten Betrag zur Finanzierung ihrer Miete oder ihres Hypothekendarlehens. Das geht aus einer Studie des Wirtschaftsprüfungsinternehmens KPMG hervor. Die Studie offenbart eine besorgniserregende Realität.

Insgesamt nutzen nahezu drei Viertel der Begünstigten zumindest einen Teil dieses Budgets zur Deckung ihrer Wohnkosten. Für die CSC sprechen diese Zahlen eine deutliche Sprache: Wenn so viele Arbeitnehmer ein Instrument, das eigentlich die nachhaltige Mobilität fördern soll, zur Finanzierung ihrer Wohnkosten nutzen, dann deshalb, weil diese Kosten einen immer größeren Teil des Familieneinkommens verschlingen.

Die Studie zeigt zudem, dass derzeit noch keine Schlussfolgerungen über die tatsächlichen Auswirkungen dieser Maßnahme auf das Mobilitätsverhalten, die Verringerung von Verkehrsstaus oder die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen gezogen werden können. Die Autoren stellen selbst fest, dass die Regelung offenbar eher der Optimierung der Wohnsituation und der Steuerbelastung dient als einer Veränderung der Pendelwege zwischen Wohn- und Arbeitsort.

Im April haben die Sozialpartner eine Stellungnahme zum Mobilitätsbudget abgegeben. Um zu verhindern, dass dieses als Instrument der Lohnoptimierung genutzt wird, und um unerwünschte Auswirkungen

auf die Entwicklung der Wohnkosten zu vermeiden, sprechen sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände dafür aus, dass neu gewährte Mobilitätsbudgets ab dem 1. Januar 2027 nur noch zu maximal 50 % für Wohnkosten verwendet werden dürfen. Die andere Hälfte soll entweder für nachhaltige Verkehrsmittel eingesetzt oder in bar ausgezahlt werden, wobei Sozialversicherungsbeiträge fällig werden. Für bereits bestehende Mobilitätsbudgets bleibt die Regelung unverändert.

Für die CSC reicht diese Anpassung jedoch nicht aus. Wir haben das Mobilitätsbudget stets als Hebel unterstützt, um die Folgen des Fehlens einer echten Politik im Bereich der Firmenwagen abzufedern. Weder das Klima noch die Mobilität oder die Sozialversicherung profitieren von den rund 600.000 Firmenwagen, die heute auf unseren Straßen unterwegs sind.

Dass mittlerweile fast jeder zweite Arbeitnehmer sein Mobilitätsbudget zur Finanzierung seiner Miete oder seines Hypothekendarlehens nutzt, ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Einerseits trägt diese Entwicklung dazu bei, den Druck

auf den Wohnungsmarkt weiter zu erhöhen. Andererseits macht sie deutlich, dass Wohnen heute zu den größten Ausgabenposten der Haushalte gehört. Diese Realität wird jedoch weder in bestimmten Wirtschaftsindikatoren noch in der Debatte über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten ausreichend berücksichtigt.

Die CSC fordert daher von der Regierung:

- eine stärkere Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnkosten bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex;
- eine ehrgeizige Politik für bezahlbaren und für alle zugänglichen Wohnraum;
- eine Anhebung der Löhne, damit Arbeitnehmer den steigenden Wohnkosten und anderen unverzichtbaren Ausgaben begegnen können;
- die Beibehaltung und Stärkung der automatischen Indexierungsmechanismen zum Schutz der Kaufkraft;
- die Berücksichtigung der Stellungnahme der Sozialpartner zum Mobilitätsbudget.

# „Durch die Krise im Hohen Venn wird der Investitionsmangel bei den öffentlichen Diensten sichtbar“

Seit Mitte August brennt es im Hohen Venn. Hunderte Einsatzkräfte aus dem In- und Ausland haben unentwegt gegen die Flammen gekämpft. Mehr als 600 Menschen mussten evakuiert werden, die Lage spitzte sich zeitweise dramatisch zu. Mittlerweile haben die Einsatzkräfte die Lage im Griff. Die Löscharbeiten sind aber noch nicht beendet und dauern wahrscheinlich noch mehrere Wochen. Der Einsatz fordert enorme personelle und materielle Kräfte und stellt die belgischen Rettungs- und Sicherheitsdienste vor große Herausforderungen.

Die aktuelle Lage wirft jedoch nicht nur Fragen zum Krisenmanagement auf, sondern auch zur langfristigen Ausstattung der öffentlichen Dienste für derartige Katastrophen. Über die aktuelle Situation sprachen wir mit Stéphane Deldicque, Vizepräsident der CSC Öffentliche Dienste.

Stéphane Deldicque, die Lage im Hohen Venn ist außergewöhnlich. Kann man den Behörden wirklich vorwerfen, einen Brand dieses Ausmaßes nicht vorausgesehen zu haben?

Ein Brand ist von Natur aus unvorhersehbar. Niemand kann sagen, wann und wo ein solches Ereignis eintritt oder welche Dimensionen es annehmen wird. Was man jedoch sehr wohl vorhersehen und planen kann, sind die personellen und materiellen Mittel, die den zuständigen öffentlichen Diensten zur Verfügung stehen. Das ist die Verantwortung der Politik. Und genau diese Mittel werden im Hohen Venn auf eine harte Probe gestellt.

Der Innenminister spricht immer wieder von der Solidarität zwischen den verschiedenen Diensten, um derartige Krisen zu bewältigen. Wie sehen Sie das?

Gerade diese Antwort sagt viel aus. Auf die Frage, ob Belgien über ausreichend Kapazitäten verfügt, um eine Krise dieser Größenordnung zu bewältigen, gibt es kei-

Mehr als 3.000 Hektar wurden bei dem Brand im Hohen Venn verwüstet.



ne klare Antwort. Stattdessen wird die Bedeutung der Solidarität zwischen den Diensten hervorgehoben. Selbstverständlich ist diese Solidarität unverzichtbar. Wir müssen den außergewöhnlichen Einsatz all jener anerkennen, die tagelang unter schwierigen Bedingungen vor Ort waren und sind. Doch Solidarität darf nicht strukturell als Ausgleich für strukturelle Defizite ausgenutzt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Diensten ist notwendig. Sie kann aber keine nachhaltige Investitionspolitik ersetzen.

### Sie sprechen insbesondere die Lage des Zivilschutzes an?

Ja. Der Zivilschutz wurde vor einigen Jahren von der Michel-Regierung grundlegend umstrukturiert. Dabei wurde die Zahl der operativen Einheiten für das gesamte Land von sechs auf zwei reduziert. Ein Teil der Aufgaben und Mittel wurde auf die Hilfeleistungszonen übertragen. Nun haben aber auch diese Zonen selbst mit Personalengpässen, Finanzierungsproblemen und einem Investitionsstau zu kämpfen. Deshalb stehen wir heute vor einer paradoxen Situation: Dienste, denen selbst Personal und Mittel fehlen, sollen die Defizite anderer öffentlicher Dienste ausgleichen. Das mag in einer akuten Ausnahmesituation funktionieren. Es darf jedoch nicht zum Normalzustand unseres Zivilschutzsystems werden.

### Ihnen gibt auch der Einsatz anderer öffentlicher Dienste zu denken?

Ja. Momentan werden Mittel aus unterschiedlichsten Bereichen mobilisiert, darunter unter anderem Fahrzeuge und Hubschrauber der föderalen Polizei. Natürlich ist es begrüßenswert, dass sich alle verfügbaren Kräfte an der Bewältigung einer außergewöhnlichen Lage beteiligen. Dennoch müssen wir uns fragen, ob die Dienste, deren eigentliche Aufgabe die Bewältigung solcher Krisen ist, noch über ausreichende Kapazitäten verfügen. Die Hauptaufgabe der föderalen Polizei besteht schließlich nicht in der Bekämpfung von Wald- und Flächenbränden.

### Belgien konnte außerdem auf europäische Unterstützung zählen. Ist das nicht ein positives Signal?

Absolut und das begrüßen wir ausdrücklich. Europäische Solidarität ist besonders wertvoll, wenn außergewöhnliche Ereignisse die nationalen Kapazitäten vorübergehend übersteigen. Sie darf jedoch nicht zum Ersatz für eine ausreichende nationale Ausstattung werden. Gerade Krisen zeigen, wie belastbar die Investitionen in öffentliche Dienste tatsächlich sind. Diese Investitionen kommen nicht nur den Beschäftigten zugute, sondern dienen vor allem der Sicherheit der Bevölkerung.

Ein Beispiel verdeutlicht die Problematik: Nach Aussagen von Einsatzkräften erfolgt ein Teil der Koordination über WhatsApp-Gruppen, um zusätzliche Unterstützung anzufordern. Das ist keineswegs ein Zeichen mangelnder Professionalität. Im Gegenteil: Die Einsatzkräfte beweisen täglich Kreativität, Engagement und großen Zusammenhalt. Doch zeigen solche Improvisationen,



Mike Thissen, CSC-Delegierter im Eupener Kabelwerk, war tagelang im Hohen Venn im Einsatz.





Auch die Hilfeleistungszone DG hat sich intensiv an dem Einsatz im Hohen Venn beteiligt.

wie groß der Investitionsbedarf bei den Kommunikations- und Koordinierungsinstrumenten für Krisen dieser Größenordnung ist. Letztendlich sind es wieder einmal die Menschen vor Ort, die mit persönlichem Einsatz Lücken im System schließen müssen.

### Was bereitet der CSC Öffentliche Dienste derzeit die größte Sorge?

Unsere erste Sorge gilt den Menschen im Einsatz. Seit Tagen arbeiten Feuerwehrleute, Mitarbeitende des Zivilschutzes, Polizistinnen und Polizisten sowie viele weitere Beschäftigte unter äußerst schwierigen Bedingungen. Wenn Personal knapp ist und eine Krise über längere Zeit andauert, sind die Folgen absehbar: Die Belastung steigt, die Erschöpfung nimmt zu und die Einsatzplanung wird immer schwieriger. Wir möchten diesen Menschen unseren Respekt und unseren Dank aussprechen. Gleichzeitig lehnen wir es ab, dass ihr außerordentliches Engagement dazu genutzt wird, strukturelle Schwächen im System zu kaschieren.

### Machen Sie dafür die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre verantwortlich?

Ja. Es ist Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen. Der Mangel an Investitionen ist nicht erst durch die aktuellen Brände sichtbar geworden. Die Probleme sind seit Jahren bekannt. Auch die Entwicklung der Budgets und die Ausstattung der betroffenen Dienste waren lange absehbar. Die Dankesworte, die derzeit aus der Politik zu hören sind, ändern nichts an dieser Realität. Wenn

eine Krise ausbricht, reicht es nicht aus, auf die Solidarität zwischen den Diensten zu verweisen und damit die Debatte für beendet zu erklären. Solidarität kann fehlende Investitionen nicht ersetzen.

Ebenso wenig kann man dauerhaft von Gemeinden, Hilfeleistungszonen sowie lokalen und föderalen Polizeidiensten erwarten, die Folgen einer Politik auszugleichen, die den föderalen Diensten nicht mehr die erforderlichen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben bereitstellt. Für die CSC Öffentliche Dienste muss die aktuelle Krise deshalb als erneutes Warnsignal verstanden werden.

Ausreichend finanzierte öffentliche Dienste sind kein Luxus. Sie sind eine Investition in die Sicherheit aller. Solange alles funktioniert, mag der Eindruck entstehen, weitere Einsparungen seien möglich. Wenn jedoch eine schwere Krise eintritt, wird schlagartig deutlich, weshalb diese Mittel unverzichtbar sind. Letztlich stellt sich eine sehr einfache Frage: Welches Maß an Schutz wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern garantieren, wenn unser Land mit einer schweren Krise konfrontiert wird?



**Ausreichend finanzierte öffentliche Dienste sind kein Luxus. Sie sind eine Investition in die Sicherheit aller.**

# „Die Schwere des Berufs wird weiterhin nicht anerkannt“

Die Solidarität mit den Einsatzkräften im Hohen Venn war riesengroß. Auf Plakaten und in den Medien wurde ihnen gedankt. Auch von vielen Politikern. Eine entsprechende Anerkennung der Schwere des Berufs fehlt aber weiterhin. Eine Situation, die unweigerlich an die Coronakrise und die Pflegekräfte erinnert.

**G**ewerkschaftssekretärin Julie Happaerts ist bei der CSC Öffentliche Dienste für die Feuerwehren zuständig. „Feuerwehrleute haben mir von dem schwierigen Einsatz im Hohen Venn berichtet. Der Kampf gegen die Flammen war äußerst kräftezehrend und anstrengend. Die Einsatzkräfte haben aber auch von der schwierigen Koordination und der fehlenden Schnelligkeit beim Einsatz gesprochen. Hervorgehoben haben sie auch den vorbildlichen Einsatz der Landwirte bei den Löscharbeiten“, so Julie Happaerts.

Feuerwehr und Zivilschutz werden im Moment mit Dankesworten und Lobeshymnen überhäuft. „Aber die Schwere des Berufs wird nicht anerkannt. Das ist ein Riesenproblem. Ein Feuerwehrmann soll bis 67 arbeiten. Das ist unmöglich. Statt einer Hommage soll die Politik die Schwere des Berufs endlich anerkennen“, erklärt die Gewerkschafterin.

„Die Katastrophe im Hohen Venn zeigt auch die Unterfinanzierung, was bei vielen Hilfeleistungszonen und dem Zivilschutz sichtbar ist. Es fehlt überall Personal. Mancherorts ist die Lage sehr kompliziert. Dennoch hat sich bisher nichts geändert. Und auch bei den Aus- und Weiterbildungen hapert es“, sagt Julie Happaerts.

Wie lebensbedrohlich der Beruf des Feuerwehrmanns sein kann, zeigen die jüngsten Ereignisse. Bei einer Gasexplosion Mitte August in Brüssel ist ein Feuerwehrmann ums Leben gekommen. „Wir durchleben derzeit eine besonders schwere Zeit für die gesamte Feuerwehr in Belgien. Diesen Sommer stirbt ein Kollege im Einsatz, zwei andere im privaten Umfeld. In der Provinz Lüttich hatten wir zwei Sterbefälle innerhalb eines Jahres. Das ist dramatisch“, schlussfolgert Julie Happaerts.

—//—  
**Die Katastrophe im Hohen Venn zeigt die Unterfinanzierung, was bei vielen Hilfeleistungszonen und dem Zivilschutz sichtbar ist.**

jm

Wochen, vielleicht sogar Monate werden die Nachlöscharbeiten im Hohen Venn in Anspruch nehmen.





## Letzter Kilometer: Lieferung unter Druck



Hinter dem phänomenalen Erfolg von Amazon verbirgt sich die Realität dieser „neuen Sklaven“: der Paketzusteller, dessen Arbeit das Unternehmen von Jeff Bezos an Subunternehmer ausgelagert.

Seit der Eröffnung des ersten Büros im Jahr 2015 und dem Start der belgischen Webseite 2022 befindet sich Amazon in Belgien auf Wachstumskurs. Das Unternehmen beschäftigt direkt mehr als 400 Mitarbeiter in seinem Verteilzentrum in Antwerpen und indirekt mehrere Tausend Menschen, die für die Auslieferung der Pakete zuständig sind. Im Rahmen seiner Expansionsstrategie in Europa setzt Amazon unter anderem alles daran, einen 24-Stunden-Lieferservice anzubieten, und plant dafür in Belgien Investitionen von mehr als einer Milliarde Euro bis 2027.

Woher kommen diese gigantischen Mittel? Insbesondere durch die systematische Missachtung der Rechte der Beschäftigten in den Lagerhäusern. Für Ludovic Moussebois, zuständig für die Bereiche Transport und Logistik bei der CSC Transcom, ist die Situation der Subunternehmer, die die Lieferungen organisieren, kaum besser. „Wir beschäftigen uns besonders mit den Arbeitsbedingungen der Zusteller. Für diese Arbeitneh-

*mer gibt es praktisch keinen Schutz. Es handelt sich häufig um Menschen mit geringer Qualifikation oder ohne Abschluss, die mehrheitlich einen Migrationshintergrund haben. Die Arbeitgeber nutzen deren mangelnde Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften aus, um sie alles Mögliche machen zu lassen.“*

### Bezahlte Sklaverei

Im Alltag gleicht ihre Arbeit bei einem Subunternehmen, das die sogenannte „Letzte-Meile-Lieferung“ organisiert, einer „bezahlten Sklaverei“. „Konkret sind diese Zusteller verpflichtet, alle Pakete, die an diesem Tag das Depot verlassen - oft zwischen 200 und 300 Stück -, mitzunehmen und sie noch am selben Tag auszuliefern, komme, was wolle. Das erklärt auch, warum Pakete manchmal egal wo und wie abgelegt werden: Sie müssen schnell arbeiten“, sagt Ludovic Moussebois.

Diese prekär beschäftigten Arbeitnehmer, die für weniger als 15 Euro

pro Stunde arbeiten, werden nur bis 20 Uhr bezahlt. Wenn danach noch Pakete auszuliefern sind, müssen sie ihre Tour trotzdem beenden, ohne auch nur die geringste Überstunde vergütet zu bekommen. „Dass sie zudem mit Fahrzeugen unterwegs sind, die sich oft in einem desolaten Zustand befinden, macht ihre Arbeitsbedingungen noch belastender.“

### Per WhatsApp entlassen

Die im Juli 2024 bei der KM Group, ein Amazon-Subunternehmen in Flémalle bei Lüttich, durchgeführte Massenentlassung ist ein weiteres Beispiel für die Unsicherheit der Arbeitsplätze von Beschäftigten, die über Subunternehmen für Amazon tätig sind.

„100 Zusteller wurden per WhatsApp darüber informiert, dass sie bereits am nächsten Tag entlassen seien“, erklärt der Gewerkschafter. „Die Insolvenz des Unternehmens wurde ohne jegliche Versammlung und ohne Sozialdialog bekannt gegeben. Die Beschäftigten erhielten



keinen Lohn für den Monat Juli und blieben drei Monate lang ohne jegliches Einkommen, da ihnen keine der erforderlichen Unterlagen für die Beantragung von Arbeitslosengeld zugestellt wurde. Zudem war es uns unmöglich, mit dem für das Warenlager verantwortlichen Subunternehmer oder mit Amazon in Kontakt zu treten.“

Dabei müssen Unternehmen aus der Paketbranche, die mit Subunternehmern zusammenarbeiten, grundsätzlich überprüfen, ob diese die arbeitsrechtlichen Vorschriften einhalten. „Die Botschaft von Amazon lautet, dass dies nicht in seinen Verantwortungsbereich falle. Und schon am nächsten Tag wurden die Pakete von anderen Subunternehmern ausgeliefert. Solange die Pakete zugestellt werden, kümmert sich Amazon um nichts anderes“, kritisiert Ludovic Moussebois.

Angesichts solcher Situationen ist der Handlungsspielraum der Gewerkschaften begrenzt: „Die CSC Transcom versucht, die Zusteller in den lokalen Verteilzentren zu schützen. Das ist jedoch schwierig, weil diese Unternehmen stark zersplittert sind. Selbstverständlich versuchen wir, die Arbeitnehmer bestmöglich zu unterstützen und ihnen zu helfen, wenn sie uns anrufen. Allerdings haben wir keine Möglichkeit, sie über eine gewerkschaftliche Delegation zu vertreten. Um etwas verändern zu können, braucht man Hebel und eine ausreichende Ver-

tretungsmacht. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass es auf Seiten von Amazon - abgesehen von großen Logistikzentren beispielsweise in Frankreich oder Luxemburg - schwierig ist, vor Ort überhaupt jemanden zu finden, mit dem ein Dialog möglich wäre“, bedauert Ludovic Moussebois.

In diesem Kontext kann nur eine gewerkschaftliche Präsenz einen wirksamen Schutz gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bieten - wie etwa bei Bpost (siehe Artikel auf Seite 14) - oder dazu beitragen, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften sicherzustellen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Paketgesetz (siehe unten).

Das „Paketgesetz“ ist am 1. Juli vollständig in Kraft getreten. Welche Auswirkungen hat es auf die Arbeitsbedingungen der Zusteller der sogenannten „letzten Meile“? Darüber sprachen wir mit Bertrand Merlevede, Gewerkschaftssekretär der CSC Transcom für den Bereich Straßentransport.

## „Ohne Gewerkschaftsdelegationen wird es schwierig, das Paketgesetz mit Leben zu füllen“

Das „Paketgesetz“ ist am 1. Juli vollständig in Kraft getreten. Welche Auswirkungen hat es auf die Arbeitsbedingungen der Zusteller der sogenannten „letzten Meile“? Darüber sprachen wir mit Bertrand Merlevede, Gewerkschaftssekretär der CSC Transcom für den Bereich Straßentransport.

Seit 2024 ist das Paketgesetz schrittweise in Kraft getreten, um Sozial- und Steuerbetrug zu bekämpfen, unlauteren Wettbewerb einzudämmen und die Arbeitsbedingungen von angestellten sowie selbstständigen Paketzustellern zu verbessern. Am 1. Juli ist die letzte Phase des Gesetzes in Kraft getreten. Sie schreibt die Einhaltung einer maximal zulässigen Zustellzeit vor: höchstens 9 Stunden pro Tag, 56 Stunden pro Woche und 90 Stunden innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Wochen. Wird dieses Gesetz tatsächlich dazu beitragen, die Zusteller von Subunternehmen besser zu schützen?

### Was sind die Ursachen für die Probleme dieser Arbeitnehmer?

Der Kern des Problems liegt in den undurchsichtigen Verantwortlichkeiten: Der Auftraggeber - sei es Amazon oder ein anderer Anbieter - legt die Ziele fest, der tatsächliche Arbeitgeber ist jedoch ein Subunternehmer. Oft hängt es von der Qualität der Einsatz- und Tourenplanung des Subunternehmers ab, wie stark der Druck auf die Beschäftigten ausfällt. Um die vorgegebenen, oft sehr engen Lieferziele zu erreichen, verlängern Subunternehmer die Arbeitszeiten und kürzen die Pausen. Da viele dieser Unternehmen familiär geführt oder stark innerhalb bestimmter Gemeinschaften organisiert sind, zeigen sich die Arbeitnehmer häufig geduldiger und toleranter. Sie passen sich einer Form von organisierter Selbstausbeutung an, die zu Fehlentwicklungen führen kann - insbesondere zu nicht gemeldeten Arbeitsstunden und zum Schweigen gegenüber Missbrauch. Die Folgen sind gravierend: Erschöpfung, Arbeitsunfälle und eine hohe Fluktuation. Und wenn Probleme auftreten, schieben sich Auftraggeber und Arbeitgeber gegenseitig die Verantwortung zu.

### Würde es etwas ändern, wenn in diesen Unternehmen Gewerkschaftsdelegationen präsent wären?

Das würde nahezu alles verändern, denn sie würden dort Regeln durchsetzen, wo derzeit vor allem das Recht des Stärkeren gilt. Je nachdem, ob eine gewerkschaftliche Vertretung vorhanden ist oder nicht, unterscheiden sich die Arbeitsbedingungen erheblich. Der einzige „Abschluss“ vieler dieser Arbeitnehmer ist der Führerschein der Klasse B. Die meisten kennen ihre Rechte nicht. Eine Gewerkschaftsdelegation würde sie beispielsweise darüber informieren, dass das Postgesetz Vorgaben zur Arbeitszeit enthält.

### Wird das vollständige Inkrafttreten des Paketgesetzes den Alltag dieser Arbeitnehmer konkret verbessern?

Dieses Gesetz ist ein Fortschritt, doch damit es tatsächlich wirksam umgesetzt wird, fehlt eine entscheidende Instanz: eine Kontrollstelle, sprich eine Gewerkschaftsdelegation! Wer soll die Einhaltung des Gesetzes überwachen, wenn die Sozialinspektion bereits jetzt überlastet ist? Ein Gewerkschaftsdelegierter könnte einen tatsächlichen Zugang zu den GPS-Da-



ten erhalten, die Tourenpläne überprüfen sowie die theoretischen und die tatsächlich geleisteten Tourenzeiten analysieren. Kurz gesagt: Die Vorschriften bestehen zwar, doch angesichts der nahezu fehlenden gewerkschaftlichen Präsenz und des Mangels an Schulungen für die bestehenden Delegationen im Umgang mit diesen Daten wird es schwierig, das Gesetz in der Praxis durchzusetzen und mit Leben zu füllen.

### Was kann man tun, um die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern?

Man muss die Subunternehmer, aber auch die Auftraggeber wie Amazon und andere große Unternehmen sowie die Verbraucher in die Verantwortung nehmen. Für die Verbraucher könnte man beispielsweise eine Art „kontrollierte Herkunftsgarantie“ für Lieferungen einführen. Diese würde möglicherweise etwas mehr kosten, zugleich aber gewährleisten, dass die Zusteller unter fairen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen arbeiten.



© Shutterstock

## Lasst Amazon bezahlen

Jedes Jahr beteiligt sich die CSC Transcom an der weltweiten Kampagne „Make Amazon Pay Day“ („Lasst Amazon bezahlen“). Diese Initiative, die rund um den Black Friday stattfindet, fordert Amazon dazu auf, seine Beschäftigten fair zu entlohnen und für die Umweltschäden aufzukommen, die das Unternehmen verursacht.

Tausende Arbeitnehmer sowie Menschenrechtsorganisationen mobilisieren sich aus diesem Anlass in mehr als 30 Ländern, um gegen die inakzeptablen Arbeitsbedingungen und die ökologischen Auswirkungen des Unternehmens zu protestieren.

## Bpost: Wenn Subunternehmenschaft die Arbeitsbedingungen unter Druck setzt

Die Arbeitsbedingungen bei der belgischen Post, die ebenfalls Pakete für Amazon zustellt, sind besser als bei der großen Mehrheit der Subunternehmen. Der Transformationsplan bei Bpost könnte jedoch zu einer Verschlechterung dieser Bedingungen führen.

Regelmäßig stellen Brief- und Paketzusteller von Bpost - ein Unternehmen, an dem der Staat beteiligt ist - Amazon-Pakete zu. Angesichts des sozialen und lohnbezogenen Dumpings, das dem US-Konzern vorgeworfen wird, mag dies überraschen, da die Beschäftigten von Bpost durch die Sozialgesetzgebung und die Gewerkschaften geschützt sind.

„Amazon hat einen Vertrag mit Bpost, der die Zustellung eines bestimmten



© Jean-Luc Flémal/Belpress.com

Versandvolumens garantiert“, erklärt Stéphane Daussaint, zuständig für den Bereich Post bei der CSC Transcom. „Der übrige Teil des Volumens wird über andere Subunternehmer

innerhalb des sogenannten ‚Amazon-Netzwerks‘ verteilt. Es handelt sich dabei um ein fiktives Netzwerk, denn in Wirklichkeit handelt es sich um Subunternehmer.“



Nach dem Prinzip des Rosinenpickens werden zusätzliche Versandmengen je nach dem, was für die Warenströme am günstigsten ist, dem einen oder anderen Anbieter zugeteilt. Da Amazon in manchen Regionen keine Subunternehmer findet, hält der Konzern gleichzeitig an Bpost fest, weil er so die Garantie hat, dass seine Pakete im gesamten Königreich zugestellt werden.

„Daher werden dem Bpost zugewiesenen Volumen vorrangig jene Gebiete zugeteilt, die von anderen Subunternehmern weniger gut bedient werden können. Amazon scheint also trotz der höheren Kosten Vorteile darin zu sehen, mit Bpost zusammenzuarbeiten“, sagt der Gewerkschafter.

„Mit Bpost besteht eine Garantie für Stabilität. Außerdem ist aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen die Qualität der Zustellung bei Bpost höher als das, was ein überlasteter Zusteller in einem Subunternehmen leisten kann“, erläutert Stéphane Daussaint.

„Bei Bpost besteht nicht die Verpflichtung, ein Paket unter allen Umständen zuzustellen. Es gibt immer die

Möglichkeit, eine Benachrichtigung zu hinterlassen, damit die Sendung später in einer Postfiliale abgeholt werden kann. Dadurch hat der Briefträger zwangsläufig etwas mehr Zeit, sich um die Kundinnen und Kunden zu kümmern, als ein Zusteller, dem vorgegeben wird, eine bestimmte Anzahl von Paketen pro Tag auszuliefern. Was die Arbeitsbedingungen betrifft, liegt der größte Unterschied darin, dass Briefträger einen garantierten Achtstundentag haben und auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags beschäftigt sind“, so Daussaint.

### Gefahr einer allgemeinen Ultra-Flexibilisierung

Der Ende März von Bpost vorge-

stellte Transformationsplan, der zu einem fast vierwöchigen Stillstand der Briefzustellung führte, zeigt in einem zunehmend wettbewerbsintensiven Sektor, wie soziale Errungenschaften und die Möglichkeiten zur Erfüllung öffentlicher Dienstleistungsaufgaben unter Druck geraten.

„Der Plan wurde vor allem unter dem Gesichtspunkt von Leistung und Kosteneinsparungen entwickelt, ohne die Realität vor Ort ausreichend zu berücksichtigen. Von den Beschäftigten des autonomen öffentlichen Unternehmens wurde verlangt, sich an die wachsende Bedeutung des Paketgeschäfts anzupassen, insbesondere durch eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Arbeitsorganisation. Die Folgen wären unter anderem längere und komplexere Zustellrouten, ein höheres Arbeitstempo sowie eine auf die Minute getaktete Arbeitsweise gewesen, mit zusätzlichem Stress für die Beschäftigten“, erklärt der Gewerkschafter.

Diese Krise von beispielloser Dauer in der Branche verdeutlicht die Wichtigkeit einer gewerkschaftlichen Präsenz und eines sozialen Dialogs. Auch wenn dieser mitunter schwierig ist, gilt es zu verhindern, dass die bei vielen Subunternehmen vorherrschende Ultra-Flexibilität zum Alltag der Bpost-Beschäftigten wird.

„In gewisser Weise ist Bpost heute das Unternehmen, das die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche nach oben zieht. Wenn man die Bedingungen bei Bpost verschlechtert, frage ich mich, was dann bei den Amazon-Subunternehmen passieren wird. Für die Paketzusteller in Belgien würde das zu einer regelrechten Ausbeutung führen“, schließt Stéphane Daussaint.

## UPS: Eine Umstrukturierung, die Sozialdumping organisiert

Die Ankündigung von 525 Entlassungen bei UPS sorgt für große Empörung. Für die CSC Transcom ist diese Umstrukturierung Teil einer Strategie des Sozialdumpings, mit der fest angestellte Beschäftigte, die von angemessenen Arbeitsbedingungen profitieren, durch Subunternehmer ersetzt werden sollen.



© stock.adobe.com

# Gewerkschaften gehen erneut in die Offensive

Die Haushaltsverhandlungen werden nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Die vor den Ferien im Ministerrat erzielte Einigung der Föderalregierung bestätigt, dass sie ihre Politik des Sozialabbaus fortsetzen will, ohne auf die Sorgen und Anliegen der arbeitenden Bevölkerung einzugehen. Weitere haushaltspolitische Entscheidungen stehen noch aus.

**D**ie Gewerkschaften bereiten sich daher auf neue Aktionen vor. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir unsere Anstrengungen intensivieren, um die Bevölkerung umfassend zu informieren und zu sensibilisieren - auf der Straße und in den Betrieben. Wir rufen zu einer breiten Teilnahme der Bevölkerung auf, um den politischen Verantwortlichen ein starkes Signal zu senden. Es gibt Alternativen.

Die Budgetfrage ist noch nicht gelöst. Die Regierung sucht weiterhin nach Milliardenbeträgen, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Premierminister De Wever scheint dabei erneut auf sein „vierblättriges Kleeblatt“ zurückzugreifen. Dessen Hauptbestandteile sind ein weiterer Druck auf die Kaufkraft durch Maßnahmen bei der Indexierung und der Mehrwertsteuer, Kürzungen im Gesundheitsbudget sowie eine immer strengere Kontrolle von Langzeitkranken. Für die Gewerkschaften ist diese Sparlogik jedoch keine Zwangsläufigkeit: Andere Entscheidungen sind möglich. Vorausgesetzt, es besteht der politische Mut, sie umzusetzen.

## Mobilitätswoche

Aus seinen Gewohnheiten herauskommen und konkrete Alternativen zum Privatauto testen: zu Fuß, Radfahren, Fahrgemeinschaften, geteilte Mobilität und öffentliche Verkehrsmittel. Dies ist das Ziel der Mobilitätswoche, die traditionell vom 16. bis 22. September stattfindet. Möchten Sie als Arbeitnehmervertreter teilnehmen? Melden Sie Ihr Gewerkschaftsteam für die Herausforderungen in Sachen Mobilität an.



## Arbeitslosenzahlen

Ende Juni lag die Zahl der Vollarbeitslosen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei 2.396 Personen. Laut Arbeitsamt (ADG) seien das 133 Personen weniger im Vergleich zum Juni des Vorjahres. „Die Arbeitslosenquote liegt mit 6,4 % etwas unter dem Vorjahresniveau (6,7 %). Nur noch rund 37 % dieser erwerbslosen Personen beziehen Arbeitslosenunterstützung. Im Kanton Eupen bleibt die Arbeitslosenquote mit 8,4 % nach wie vor deutlich höher als im Süden der DG, wo die Quote bei 3,4 % liegt“, erklärt das ADG.

## Masterabschluss

Möchten Sie Ihrer beruflichen Laufbahn eine neue Richtung geben, ohne Ihren Arbeitsplatz aufzugeben? Die Fopes, die offene Fakultät für Wirtschafts- und Sozialpolitik der UCLouvain, organisiert einen universitären Master in Wirtschafts- und Sozialpolitik mit angepassten Unterrichtszeiten, der sich an berufstätige Erwachsene richtet. Der Erwerb dieses Masters eröffnet vielfältige berufliche Perspektiven: sozioprofessionelle Integration, Erwachsenenbildung, Gesundheits- und Sozialwesen, öffentlicher Dienst, Unterricht und Ausbildung oder soziale Arbeit.

[www.uclouvain.be/fopes](http://www.uclouvain.be/fopes)